

Bundesregierung mauert beim Thema Steuersenkung:

Europa senkt die Steuern – und Deutschland schaut zu

Jedem EU-Mitgliedsstaat ist es seit Neuestem erlaubt, die Mehrwertsteuer-Sätze für Gastronomie und Handwerk zu senken. Darauf jedoch wollen sich die Spitzen von CDU und SPD nicht einlassen. Zu Recht gärt es jetzt auch bei den privaten Eigentümern, die sich von der Politik mehr und mehr allein gelassen fühlen.



Der Tisch ist gedeckt: Von einer Senkung der Mehrwertsteuer für bestimmte Dienstleistungen könnte auch die Gastronomie profitieren – und damit neben dem Bauhandwerk ein weiterer wichtiger regionaler Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz.

Von Harald Gruber

Nach den Regeln der Europäischen Gemeinschaft darf der Normalsatz der Mehrwertsteuer in den einzelnen Mitgliedsstaaten 15 Prozent nicht unterschreiten. Ausnahmen müssen von der EU beschlossen werden. Genau darauf haben sich jetzt angesichts der gewaltigen Krise, die nach dem Bankensektor nun auch immer mehr Zweige der so genannten Realwirtschaft zu erfassen droht, die EU-Finanzminister verständigt. Jedes Mitgliedsland darf in bestimmten Branchen die Mehrwertsteuersätze senken, um damit die Binnennachfrage anzukurbeln.

Gelten soll die gemeinsam (also auch mit der Stimme der deutschen Bundesregierung) beschlossene Erleichterung unter anderem im Bauhandwerk, aber auch in der Gastronomie, beim Friseur oder bei der häuslichen Betreuung. Frankreich und Österreich haben bereits angekündigt, diese neue EU-Regelung im Interesse der heimischen Wirtschaft anzuwenden – Paris beispielsweise strebt für die Gastronomie einen Satz von 5,5 Prozent statt 19,6 Prozent an. Das würde den Besuch im Restaurant auf einen Schlag um 14 Prozent billiger machen – ohne dass der Wirt bei seiner Kalkulation auch nur einen Euro drauflegen muss.

Doch hierzulande mauern Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Sie befürchten Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Die Regierungschefin erteilte denn auch entsprechenden Forderungen sowohl von der Schwesterpartei CSU als auch vom Zentralverband des Deutschen Handwerks eine klare Absage. Eine Reform könne jedoch gerne in die Wahlprogramme aufgenommen und nach der Bundestagswahl in einem Gesamtpaket geprüft werden, gab die Kanzlerin intern die Marschrichtung vor.

Gastwirten und Bauhandwerkern, die angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage um ihr nacktes wirtschaftliches Überleben kämpfen, aber auch vielen privaten Eigentümern, die vor enormen Investitionen in die energetische Sanierung ihrer Gebäude stehen, muss ein solch abwartendes Taktieren wie eine schallende Ohrfeige erscheinen. Entsprechend meldete sich auch die Eigentümerschutz-Gemeinschaft Haus & Grund zu Wort: „Ein reduzierter Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf den Lohnanteil von Renovierungsarbeiten wäre ein Schritt in die richtige Richtung“, so Zentralverbands-Präsident Dr. Rolf Kornemann.

Schließlich würden von den dann deutlich niedrigeren Bau- und Modernisierungskosten nicht nur selbst nutzende Eigentümer und private Vermieter profitieren, sondern auch deren Mieter – und nicht zuletzt die Vielzahl kleiner und mittelständischer Bauhandwerker, deren Auftragsbücher derzeit alles andere als gut gefüllt sind. Nach neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen im vergangenen Jahr gegenüber 2007 um 4,2 Prozent gesunken – und damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Kaum verwunderlich, dass wenigstens die FDP klar Partei für den Mittelstand ergreift: Die selbe Bundesregierung, der die „Schuldenpakete gegen die Finanzkrise nicht groß genug sein konnten, stellt sich nun vernünftigen Entlastungen für das Handwerk und das Hotel- und Gastronomiegewerbe massiv in den Weg“, so der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jürgen Koppelin. Auch die Vorsitzende der FDP-Fraktion im Europaparlament, Silvana Koch-Mehrin, forderte, den Mehrwertsteuer-Satz für alle Waren und Dienstleistungen zu senken, „welche die menschliche Grundbedürfnisse abdecken: Lebensmittel oder Medikamente, aber auch Strom und Benzin“. ■